



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

16. Juni 2015

NSU-Untersuchungsausschuss +++ Olympia-Aufklärung +++ Fahrradsternfahrt +++ Mietpreisbremschen +++

NSU: Brauner Terror – staatliches Totalversagen

Von Christiane Schneider



3.11.2012: Gedenken an die NSU-Opfer (Foto: Christiane Schneider)

Der Thüringer Landtag hat inzwischen einen zweiten NSU-Untersuchungsausschuss eingerichtet. Ein nicht unwesentlicher Grund dafür war bei den antragstellenden Fraktionen das Interesse an Aufklärung, »ob und falls ja in welchem Umfang Thüringer Justiz- und Sicherheitsbehörden und die mit ihnen zusammenarbeitenden Personen (so genannte menschliche Quellen) Erkenntnisse zur Herausbildung eines bundesweiten Unterstützernetzwerkes des »Nationalsozialistischen Untergrundes« sowie dessen Verbindung zum »Blood&Honour-Netzwerk besaßen«.

Die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern halten bisher ebenso wie die Bundesanwaltschaft im Münchner NSU-Prozess eisern an der Version fest, beim NSU habe es sich um ein Trio gehandelt, das auf sich allein gestellt gehandelt habe und lediglich von einigen wenigen Personen unterstützt worden sei. Die auf jahrelange eigene Beobachtungen zurückgreifende Antifa-Recherche ergibt ein ganz anderes Bild: Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe, die »Zwickauer Zelle«, waren gut vernetzt, nicht nur in Thüringen und Sachsen. Sie waren ein-

gebettet in ein weitverzweigtes Netzwerk, ideologisch ausgerüstet mit Konzepten des »führerlosen Widerstands« und des Untergrundkampfes, die um die Jahrhundertwende in den militanten Neonaziszellen kursierten, politisch getragen von Gleichgesinnten und in unterschiedlichem Ausmaß konkret unterstützt. Beispielhaft zeigt das der gerade auf NSU-Watch veröffentlichte Beitrag »Der NSU im Netz von Blood & Honour und Combat 18« auf (s. www.nsu-watch.info/category/analyse-recherche/nsu-netzwerke/).

Eines seiner Opfer mordete der NSU in Hamburg: Am 27. Juni 2001 wurde der türkische Gemüsehändler Süleyman Taşköprü in der Altonaer Schützenstraße erschossen. An der Täterschaft von Mundlos und Böhnhardt gibt es keinen Zweifel. Unbeantwortet aber ist die Frage: Warum wurde Hamburg zum Tatort? Was zog die Mörder in die norddeutsche Großstadt? Wie kamen sie auf die Schützenstraße, auf den kleinen, schwer einsehbaren Laden in einer ruhigen Gegend, in der die Täter unerwartet auftauchende ZeugInnen kaum fürchten mussten, aber nahe an einer Ausfallstraße, die ihr

schnelles Verschwinden gewährleistet? Wer hat diesen Ort ausgekundschaftet?

Es ist bekannt, dass das »Trio« und sein enges Umfeld Verbindungen zu den anderen Tatorten und in die dortigen Nazi-szenen hatten. Verbindungen zu Hamburger Neonazis bestreiten die hiesigen Sicherheitsbehörden seit November 2011. Sie mauerten auch dann weiter, wenn wir sie mit Anfragen und in den Debatten im Innenausschuss mit nachweisbaren Verbindungen konfrontierten. Und davon gab es eine ganze Reihe: im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen, Einladungen, Seminare, Freundeskreise, Rechtsberatungen, Konzerte, gemeinsam organisierter Demonstrationen, über gemeinsam genutzte Immobilien wie Riegers »Schützenhaus« im thüringischen Pößneck. Auch die Tatsache, dass der V-Mann Corelli aus dem unmittelbaren Umfeld des »Trios« einem V-Mann des Hamburger Landesamts im Jahr 2006 die CD mit NSU-Bezug gegeben hat, spricht Bände, wenn die Geschichte denn stimmt: Man kannte sich.

All dies beweist nicht, dass Hamburger Neonazis aktiver Teil des NSU-Netzwerkes waren. Aber die vielen Fakten, die die Antifa-Recherche auch in Hamburg zusammengetragen hat, werfen ebenso viele Fragen nach der bundesweiten Bedeutung der Hamburger Neonaziszene der 1990er und 2000er Jahre auf, die nicht beantwortet sind.

Hamburg war mit den Führungsfiguren Christian Worch, Thomas Wulff und Jürgen Rieger in diesen Jahren eines der Zentren der Neonaziszene in Deutschland, eines der Zentren der bundesweiten Vernetzung der militanten, ausdrücklich nationalsozialistischen Szene. In seinem Bericht für das Jahr 1992 bescheinigte das Landesamt für Verfassungsschutz den genannten Personen, dass sie ihren bundesweiten Führungsanspruch durchsetzten und dass ihr strategisches Ziel »die Schaffung einer Art rechtsextremistisches Netzwerk« sei. Dieses Ziel haben sie, jedenfalls für eine ganze Zeit lang, erreicht. In diesem Netzwerk finden sich viele der militanten Neonazis, deren Namen in den verschiedenen NSU-Untersuchungsausschüssen immer wieder fallen, aufgeflogene V-Leute aus dem engeren Umfeld des »Trios« wie Thomas Richter alias »Corelli« eingeschlossen. Andere Hamburger Neonazis wie Torben Klebe waren an vorderer Front in Blood & Honour-Zusammenhängen aktiv. »Ohne Blood & Honour«, heißt es in dem Artikel auf NSU-Watch, »hätte der NSU – zumindest in dieser Form – nicht entstehen und agieren können«.

Wer den NSU-Komplex wirklich aufklären will, muss den neonazistischen Sumpf aufdecken, in dem das Konzept terroristischer Gewalt entwickelt und zumindest zum Teil in die Praxis umgesetzt wurde. Auch in Hamburg.

Natürlich drängt sich auch für Hamburg die Frage auf, die den zweiten Thüringer Untersuchungsausschuss bewegt: ob und welche Erkenntnisse zur Herausbildung eines bundesweiten UnterstützerInnennetzwerkes des »Nationalsozialistischen Untergrundes« sowie dessen Verbindung zum »Blood & Honour«-Netzwerk auch Hamburger Justiz- und Sicherheitsbehörden und ihre V-Leute haben?

Die bundesweit umtriebigen Personen Rieger, Worch und Wulff dürften seinerzeit zu den bestbeobachteten Nazis in der



Gedenken an S. Tasköprü, 2.11.2012 (C. Schneider)

Bundesrepublik gehört haben – oder nicht? Und es gibt weitere Fragen: Wieso sind die Hamburger Justiz- und Sicherheitsbehörden zu keinem Zeitpunkt der Ermittlungen im Mordfall Tasköprü und der länderübergreifenden Ermittlungen in der gesamten NSU-Mordserie auf die Idee gekommen, nach TäterInnen mit rechtem, rassistischen Hintergrund zu suchen? Als wären die blutrünstigen Phantasien eines »Rassenkrieges«, die Diskussionen, Schriften, Artikel zum Thema »führerloser (militärischer) Widerstand« an ihnen vorbeigegangen. Als hätten sie die rassistischen Gewalttaten von Nazis, gerade in den fraglichen Jahren, nicht zur Kenntnis genommen und die gewaltigen Waffenfunde bei Hausdurchsuchungen übersehen.

Warum hielten die Hamburger ErmittlerInnen so hartnäckig an der These der Organisierten Kriminalität fest, ermittelten sie im kurdisch-türkischen Milieu, im Bereich des »Ausländerextremismus« und im nahen Umfeld des Opfers, gingen aber den Hinweisen des Vaters Tasköprü nicht nach? Der Vater hatte ausgesagt, dass er, als er unmittelbar nach dem Mord zum Tatort kam, zwei junge Männer bemerkt habe, wahrscheinlich Deutsche, die sich entfernten. Diese Aussage spielte in den weiteren Ermittlungen keine Rolle mehr, ebenso wenig wie die Aussagen eines Befragten, der ein rassistisches Tatmotiv für wahrscheinlich hielt.

All diese Fragen und viele andere warten auf eine Antwort. Acht NSU-Untersuchungsausschüsse wurden seit Aufhängen der »Zwickauer Zelle« eingerichtet, im Bund, in Thüringen (2), Sachsen, Bayern, Hessen, NRW, Baden-Württemberg. Keiner in Mecklenburg-Vorpommern – hier wurde 2004 Mehmet Turgut fünftes Mordopfer in der NSU-Mordserie. Keiner in Hamburg.

DIE LINKE ist nicht die einzige Kraft in Hamburg, die einen NSU-Untersuchungsausschuss fordert. Die Landesbezirkskonferenz von ver.di beschloss im Mai 2015 einen Antrag, in dem die Hamburger Bürgerschaft zur Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) aufgefordert wird. Bei einer sehr gut besuchten Veranstaltung der AG Antifa von ver.di sprachen sich auf einer Podiumsdiskussion auch eine Vertreterin der Türkischen Gemeinde Hamburg und die Rechtsanwältin Gül Pinar, die Mitglieder der

Familie Taşköprü im Münchner NSU-Prozess vertritt, für einen PUA aus. Ein Abgeordneter der SPD, der damalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Schäfer, wollte zwar die Notwendigkeit nicht erkennen, sicherte aber zu, dass sich seine Fraktion einem eventuellen Antrag nicht verschließen werde. Jetzt werden wir die SPD-Fraktion beim Wort nehmen: Die Linksfraktion bringt für die Bürgerschaftssitzung am 8./9. Juli einen Antrag zur Einrichtung eines NSU-Untersuchungsausschusses in Hamburg ein.

Wir stellen diesen Antrag auf einer Veranstaltung in Altona am Vorabend des Jahrestages der Ermordung von Süleyman Taşköprü vor und diskutieren zusammen mit zwei ausgewiesenen Sachverständigen.

**Diskussion am Freitag, 26. Juni, 19.00 Uhr,
Haus 3, Hospitalstraße 107:
Über braunen Terror, Nazi-Netzwerke, staatliches Totalversagen, den steinigen Weg der Aufklärung und die vielen ungeklärten Fragen**

Veranstaltung der Hamburger Linksfraktion mit Martina Renner, MdB DIE LINKE und Mitglied des 1. Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses, Axel Hoffmann, Nebenklageanwalt im Münchner NSU-Prozess, sowie Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der LINKEN in der Bürgerschaft

Olympia: Aufklärung tut not



NOlympia-Demo in Wilhelmshburg, 30.5.2015 (Foto: Marie Behr)

Die Olympia-Bewerbung wird im kommenden halben Jahr den politischen Diskurs in der Elbmetropole weitgehend beherrschen, dafür sorgen schon der Senat, die Handelskammer, das Abendblatt und der HVV. Die Hamburger Linke hat sich dieser Debatte zu stellen, schon deswegen, um Gegenargumente zu platzieren und die vom SPD-GRÜNEN-Senat kaschierten, verheimlichten und falschen Aussagen zu korrigieren. Aus ja auch schon nicht zu verachtenden 50 Mio. Euro Bewerbungskosten sind inzwischen 70 Mio. geworden; die Hafengebiete merken empört auf, dass das für die Olympic City vorgesehene Areal noch größer werden soll; mit dem Referendum am 29. November soll nicht nur die Olympia-Bewerbung abgesegnet, sondern gleich auch noch die Volksgesetzgebung unterminiert werden; Scholz beharrt auf der Schuldenbremse und behauptet, ohne rot zu werden, die Kosten etwaiger Olym-

pischer Spiele könnten aus den laufenden Etats entnommen werden; und bezüglich der sich auftürmenden Gesamtkosten für eine Olympiade werden wir ganz sicher nur geschönte Zahlen erfahren. Während uns also von diesen Seiten das Blaue vom Himmel heruntergelogen wird, setzen wir auf Aufklärung und werden dafür auch den »BürgerInnenbrief« in den nächsten Monaten nutzen. Dieses Mal gleich mit zwei Beiträgen, die sich aus unterschiedlicher Perspektive mit dem Thema auseinandersetzen.

**2. Demonstration der NOlympia-Bewegung
Samstag, 4. Juli, 14.30 Uhr, St. Georg**
(auf nähere Infos in den kommenden Tagen achten)

... und nun zu den Olympia-Nachrichten

von Heike Sudmann



NOlympia-Demo in Wilhelmsburg, 30.5.2015 (Marie Behr)

Bei der Informationsflut zu Olympia könnten wir fast täglich einen »BürgerInnenbrief« alleine hierzu herausgeben. In der Bürgerschaft gab es mehr oder weniger leidenschaftliche Debatten um die Verfassungsänderung und das Referendum. Das Ergebnis ist bekannt: Voraussichtlich am 29. November 2015 werden die Hamburgerinnen und Hamburger über eine Olympia-Bewerbung für 2024 abstimmen können.

Bis dahin wird es eine Flut von Informationsveranstaltungen des Senats über die Olympia-Bewerbung geben. Ob diese Veranstaltungen sich alleine um die Inhalte der Bewerbung, wie z.B. die Frage, wo denn nun das Stadion, die Schwimmhalle oder das Olympische Dorf (ent)stehen sollen, oder auch um die Sinnfrage einer Bewerbung drehen werden, bleibt abzuwarten.

Bei der **Vorstellung der bisherigen Planungen** für den Kleinen Grasbrook am **2. Juni** in der Magnus-Hall wurden die rund 650 BesucherInnen mit vielen bunten Plänen und einem Helium-Dach über dem Olympia-Stadion ins Staunen versetzt. Ins Staunen kamen auch Vertreter der Hafengewirtschaft. Der Kleine Grasbrook nur ein Parkplatz für Gebrauchtautos – mit dieser Äußerung brachte Olympia-Staatsrat Christoph Holstein einen ver.di-Betriebsrat aus dem Hafen in Rage. Auf dem Kleinen Grasbrook gäbe es hochwertige Dienstleistungen und Unternehmen mit etlichen Arbeitsplätzen, was dem Senat doch bekannt sein müsste.

Günter Bonz vom Unternehmensverband Hafen Hamburg traute seinen Augen nicht, als er sah, dass entgegen den bisherigen Absprachen mehr Flächen vom Hafen in Anspruch genommen werden sollen. Die Beschwichtigungsversuche des Staatsrats der Senatskanzlei, Christoph Krupp, wirkten wenig überzeugend.

Trotz der 650 BesucherInnen gab es nur wenige Wortmeldungen. Von diesen äußerten sich fast alle kritisch, viele WilhelmsburgerInnen und BewohnerInnen von der Veddel fürchteten negative Auswirkungen auf ihre Stadtteile. Auch meine erstaunte Nachfrage, wie Oberbaudirektor Jörn Walter auf die

Idee komme, durch Olympia werde die Veddel aus ihrer isolierten Lage zwischen zwei großen Verkehrsstraßen (Autobahn und Schiene – beides mit hoher Lärmbelastung verbunden) befreit, konnte nicht beantwortet werden. Die Spiele in Hamburg sollen übrigens besonders nachhaltig werden. Niemand konnte mir erklären, was daran nachhaltig ist, wenn alle vier Jahre in einer anderen Stadt dieser Welt riesige Olympia-Sportstätten erst errichtet und dann wieder abgerissen oder verkleinert werden. Da wäre es doch sinnvoller, sich auf ein oder zwei dauerhafte Olympia-Austragungsorte zu verständigen.

Am Dienstag, den 23. Juni, wird es die **nächste Senatsveranstaltung** geben. Die »Stadtwerkstatt Masterplan Olympic City« beginnt um 19.00 Uhr im CruiseCenter Hafencity, Großer Grasbrook 19, der Eintritt ist frei. Der Termin wird wie folgt beworben: »Die von der Stadt beauftragten Planer geben einen neuen Zwischenbericht zur Bebauung des Kleinen Grasbrook und stellen die nach derzeitigem Stand bevorzugte Variante zur Diskussion. Außerdem werden die ersten Überlegungen zur verkehrlichen Erschließung des Gebietes während und nach den Olympischen Spielen ausführlich erläutert.«

Kritische Veranstaltungen des Senats?

Ich bin gespannt, ob zukünftig auch Veranstaltungen vom Senat angeboten werden, die sich kritisch mit dem IOC, DOSB und/oder den Kosten von Olympischen Spielen auseinandersetzen. Bisher wurde noch in jeder Stadt das geplante Kostenbudget weit überschritten. Die Aussicht auf Olympia in Hamburg scheint Olaf Scholz vergesslich zu machen. Bisher lautete sein haushaltspolitisches Credo: »pay as you go«. Was nicht bezahlt werden kann, wird nicht gemacht. Bei den Olympischen Spielen gilt das nicht. Dabei müssten bei Scholz & Co. alle Alarmglocken läuten, wenn sie sich die IOC-Prinzipien ansehen. Alle Risiken werden bei den jeweiligen Austragungsorten abgeladen. Diese dürfen dann nachher auch

ganz alleine die Schuldenberge abtragen, während das IOC sich an seinen gigantischen Einnahmen labt.

Illegale Preisabsprachen und Bußgelder

An dieser Stelle kann ich mir natürlich nicht den Hinweis verkneifen, dass Sepp Blatter, der Chef des nachweislich korrupten FIFA-Verbandes, auch Mitglied beim IOC ist. Und auch nicht den Hinweis auf den Chef des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), Alfons Hörmann, der kürzlich ein Bußgeld in Höhe von 150.000 Euro (plus 75.000 Euro Zinsen) akzeptierte und damit einem Gerichtsverfahren aus dem Weg ging. Dieses Bußgeld wurde verhängt wegen illegaler Preisabsprachen aus seiner Zeit als Vorstandsvorsitzender einer Dachziegelfirma. Als ich im Mai 2015 im »taz-Salon« zu Olympia den DOSB-Vorstandsvorsitzenden Michael Vesper mit diesem wenig vertrauensereckenden Vorgang konfrontierte, versuchte er das Ganze mit der Frage zu relativieren: »Haben wir nicht alle schon mal ein Bußgeld gezahlt?« Übrigens ist das Gerichtsverfahren gegen die Ex-Firma von Hörmann laut »Spiegel-online« vom 3. Juni jetzt abgeschlossen: »Die Creaton AG muss wegen illegaler Preisabsprachen fast 40 Millionen Euro Bußgeld zahlen. Die Vorgänge fallen in die Zeit, als der heutige DOSB-Präsident Alfons Hörmann die Dachziegelfirma leitete.« (www.spiegel.de/sport/sonst/ehemalige-firma-von-alfons-hoermann-creaton-ag-muss-bussgeld-zahlen-a-1037014.html)

Chancengleichheit für die KritikerInnen?

Zurück zum Geld, das für Olympia ausgegeben werden soll. Sehen wir uns die geplanten Bewerbungskosten an. War bisher von 50 Mio. Euro die Rede, die zu fast 100% vom Bund und von der Privatwirtschaft kommen sollten, sind es jetzt schon 70 Mio. Euro. Und nun wird sich auch die Stadt Hamburg mit 15 Mio. Euro beteiligen. 30 Mio. will der Bund zahlen, 25 Mio. die Wirtschaft finanzieren. Bei der Elbphilharmonie sind die zugesagten Gelder der Wirtschaft bis heute nicht eingegangen...

Nicht nur die Bewerbung, sondern auch ein aus Sicht der BefürworterInnen erfolgreiches Referendum kostet Geld. Laut »Mopo« vom 3. Juni hat die Hamburger Wirtschaft bereits 1,6 Mio. Euro für die Kampagne zum Olympia-Referendum zur Verfügung gestellt. Wie viel Geld der Senat offiziell bereitstellen wird, weiß ich nicht. Doch es gibt ja auch Umwege. So wird z.B. auf Bussen, in U- und S-Bahnen auf Kosten der Verkehrsunternehmen mit »Feuer und Flamme« für Olympia geworben. Eine Anfrage vom Mehmet Yildiz und mir, ob diese Werbeflächen auch den GegnerInnen zur Verfügung gestellt würden, wurde verneint (Drs. 20/14393). In Anbetracht des Geldes und der Ressourcen, die Wirtschaft und Senat in die Kampagne für die Volksabstimmung im November stecken wollen, stellt sich die Frage nach Chancengleichheit. Während die BefürworterInnen aus dem Vollen schöpfen können, müssen die GegnerInnen neben ihrem großen ehrenamtlichen Engagement auch noch Spenden sammeln. Und dabei haben sie die Gewissheit, dass sie keine Millionen Euro aus der Wirtschaft bekommen werden. Hier stellt sich

die Frage, ob der Senat nicht auch den GegnerInnen angemessene Mittel zur Verfügung stellen muss, damit diese die Chance haben, ihre Argumentation ebenso öffentlichkeitswirksam an das Volk zu bringen.

Weitere Informationen der Olympia-GegnerInnen/-KritikerInnen gibt es unter:

www.nolympia-hamburg.de, <http://fairspielen.de> (Ex-(N)Olympia Hamburg).

Und die BefürworterInnen tummeln sich hier:

www.hamburg.de/spiele-fuer-hamburg/

Die aktualisierte Broschüre der Linksfraktion

(»NOlympia in Hamburg. Risiken der Bewerbung und Austragung Olympischer Spiele«, verfasst von Mehmet Yildiz und Özgür Yildiz) findet sich hier: www.linksfraktion-hamburg.de/fileadmin/user_upload/NOlympia_in_Hamburg.pdf

Exkurs zur Berichterstattung des »Hamburger Abendblatts« (HA)

Olympia-GegnerInnen haben es in den Medien nicht immer leicht, aber was sich der Autor des Berichtes über die Vorstellung der Olympia-Planung in der Magnus-Hall, Björn Jensen, geleistet hat, ist ein starkes Stück. Mit Erstaunen musste ich im HA vom 3. Juni folgendes lesen: »(Ver-)Störend waren lediglich die Wortmeldungen von Heike Sudmann (Linke), die die Öffentlichkeit für das Ausbreiten ihrer politischen Ansichten nutzte und damit Bürgern die Chance nahm, ihre Fragen und Anregungen loszuwerden.«

Abgesehen davon, dass m.E. eine solche Wertung in einen Kommentar statt in einen Bericht gehört, entbehrt diese Behauptung jeglicher Grundlage. Objektiv haben sich nur sehr wenige Menschen zu Wort gemeldet, alle bekamen die Gelegenheit, sich zu äußern. Subjektiv scheint Herr Jensen der Einzige (jedenfalls mir bekannte) zu sein, der meinen Beitrag störend oder gar verstörend fand. Am Abend selbst wurde ich von mehreren, mir bis dahin unbekanntem BesucherInnen der Veranstaltung angesprochen, die sich für meine Fragen bedankten. Aufgrund des HA-Artikels bekam ich Rückmeldungen von weiteren BesucherInnen, die die Berichterstattung als diffamierend empfanden. Mittlerweile hat mir das Abendblatt aufgrund meines Protestes einen klärenden redaktionellen Beitrag angeboten. Ich bin gespannt, was das wird.

Auch bei der Diskussion in der Bürgerschaft am 11. Juni über den Hansaplatz in St. Georg wurde ich falsch wiedergegeben. In dieser unappetitlichen Diskussion versuchten AfD- und CDU-Hardliner sich gegenseitig mit Forderungen

nach mehr Polizei, Kontrollen und Vertreibung zu überbieten. Im HA vom 12. Juni findet sich dann folgendes: »Das veranlasste die Linken-Abgeordnete Heike Sudmann dazu, Nockemann und Lenders als »Brüder im Geiste« zu bezeichnen. Sie wies darauf hin, dass alle zwei Wochen ein Runder Tisch in St. Georg zu den dortigen Zuständen tage. Und überhaupt sei es »das erste Bahnhofsviertel der Welt, in dem es keine Probleme« gebe.«

Während die ersten beiden Punkte richtig wiedergegeben wurden, ist der letzte absolut sinnentstellend. Gesagt hatte ich: »Natürlich gibt es da Probleme. Es wäre sonst auch das erste Hauptbahnhofsviertel der Welt, wo es keine Probleme gibt.« Der Redakteur hat sich bei mir für seinen Fehler entschuldigt und die Online-Fassung korrigiert.

Fraktion vor Ort: Zwei neue Termine

Widerständiges Schanzenviertel: Rundgang durch die »Gefahrengebiete« in St. Pauli

Mit Christiane Schneider, der innenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion

Mittwoch, 1. Juli, 18.00 Uhr, ab Davidwache, Spielbudenplatz 31

Senatspläne für die »Olympic City«: Fahrradfahrt über den Kleinen Grasbrook

Mit Heike Sudmann, der stadtentwicklungspolitischen Sprecherin der Linksfraktion

Sonntag, 20. September, 15.00 Uhr, ab Alter Elbtunnel (nahe den Landungsbrücken)

Olympia – eine »charmante Episode«?

Von Joachim Bischoff



NOlympia-Demo in Wilhelmsburg, 30.5.2015 (Marie Behr)

Die Hamburger Olympia-Bewerbung muss bis zum Frühjahr 2016 konzeptionell vorbereitet sein. Eine wichtige Hürde ist am 29. November die Abstimmung über die Bewerbung in einem Referendum. Die Kampagne, die die HamburgerInnen überzeugen soll, für Olympia zu votieren, kostet rund 1,6 Mio. Euro, das Geld hat die Hamburger Wirtschaft bereitgestellt. Vor allem Unternehmer Michael Otto, eines der Gesichter der Bewerbung, hatte für eine Unterstützung der Kampagne geworben. Die Hansestadt selbst hat bisher ca. 180.000 Euro in das Projekt investiert. Der Bürgermeister hat in seiner Kanzlei einen entsprechenden Innovationsfonds. Aber dabei kann es nicht bleiben. Die ordentliche Bewerbung um die Ausrichtung der Spiele wird rund 70 Mio. Euro kosten: 15 Mio. kom-

men von der Stadt, 30 Mio. vom Bund und 25 Mio. Euro steuert die deutsche Wirtschaft bei.

Dass sich die Wirtschaftsverbände schon im Vorfeld für das Projekt Olympiabewerbung engagieren, heißt nicht, dass von dieser Seite rückhaltlose Unterstützung kommt. Vor allem aus der Hafenwirtschaft hagelt es zunehmende Kritik. Der »Unternehmensverband Hafen Hamburg« (UVHH) hält dem Senat vor, seine Versprechen gebrochen zu haben und sich nicht an Absprachen zu halten. Der Verband fürchtet, dass mehr Hafenflächen als geplant durch Olympia in Anspruch genommen und Zufahrtswege blockiert werden. Außerdem beklagt der Verband, dass der Kleine Grasbrook auch bebaut werde, wenn Olympia nicht kommt. Das hatte Oberbaudirektor Jörn

Walter angedeutet. Eine Arbeitsgruppe in der Wirtschaftsbehörde soll den Konflikt auflösen, indem Fragen der Olympia-Bewerbung mit der Hafenwirtschaft diskutiert werden.

Zankapfel ist also die Erschließung des Olympia-Geländes auf dem Kleinen Grasbrook. Die Hafenbetriebe befürchten während der Bauarbeiten erhebliche Verkehrsbeeinträchtigungen auf den Zubringerstraßen und halten auch den für die Zeit nach den Spielen angedachten Wohnungsbau auf der Elb-Halbinsel für falsch.

»Olympia ist eine Mammutaufgabe. Bei allem, was geredet und geschrieben wird, wir sind jeden Tag mit der Hafenwirtschaft im Gespräch«, sagte Wirtschaftssenator Horch. Es gehe auch angesichts der Olympia-Planungen stets darum, »die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens in allen Belangen aufrechtzuerhalten«. Die CDU, im Prinzip Olympia-Fangruppe, stellt sich wendig an die Seite der Kritiker. Ihre These: Die Lage im Hafen gerät außer Kontrolle. Wegen Olympia müsse der Hafenrat zu einer Sondersitzung zusammenkommen, forderte der CDU-Abgeordnete Ralf Niedmers. Als rechter Hardliner wirft CDU-Fraktionschef André Trepoll den Senatoren Frank Horch (Wirtschaft, parteilos) und Michael Neumann (Sport, SPD) einen »stümperhaften Umgang mit den Hafenbetrieben bei den Olympia-Planungen« vor.

Hamburg hat mächtige Konkurrenz bei der Bewerbung (Boston, Paris), weiß noch nicht so recht, woher die Finanzen für das Mega-Projekt kommen sollen und registriert zumindest wachsendes Unbehagen seitens der regionalen Wirtschaft. Der harte Kern der Auseinandersetzung: Es geht nicht um Olympia, sondern um die stadtentwicklungspolitischen Perspektiven. Jörn Walter, Hamburgs Oberbaudirektor, sieht die Chance, der mächtigen Hafenwirtschaft eine nachhaltige Schlappe beizubringen. Seine These: Olympische Sommerspiele in Hamburg sind ein Katalysator nicht wegen des Sports, sondern vor allem wegen der Impulse für die Stadtentwicklung. Es gehe um die Zukunft Hamburgs, Olympia sei nur eine charmante Episode. »Der Kleine Grasbrook soll für wenige Monate die Olympischen Spiele beherbergen, aber auf Dauer ein lebenswerter Stadtteil an der Elbe werden. Die Spiele können uns dabei helfen«, sagt Walter.

Olympische Spiele in der Stadt werden, so sagen StadtplanerInnen und VerkehrswissenschaftlerInnen, wie ein Katalysator wirken und manches beschleunigen, was sonst viel mehr Zeit benötigen würde. Auch der Hamburger Regionalökonom und Stadtplaner Dieter Läßle glaubt an diesen Schub durch Olympia. Er sieht die Stadtentwicklung und eine moderne Strukturpolitik gegenwärtig auf einem Abstellgleis. Hamburg konzentrierte sich zu sehr auf seinen Hafen und vernachlässigte massiv den Zukunftskomplex Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Das habe viel mit Tradition zu tun, aber auch mit den Folgen der Wiedervereinigung. Hamburg sah sich plötzlich wieder im Zentrum Europas, Handel und Hafen boomten. München dagegen bekam damals Angst, an den Rand gedrängt zu werden. Es verkaufte sein Tafelsilber und investierte 4,5 Mrd. Euro zusätzlich in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Heute erzeugt die Hafenwirtschaft in Hamburg immer weniger Arbeitsplätze und immer höhere



Kleiner Grasbrook: www.fairspielen.de

Kosten. Die OECD spricht von einer »Demaritimisierung« der Hafenstädte. Weil man sich in Hamburg aber auf den Hafen fokussiert habe, sei die Stadt auf dem Zukunftsfeld Forschung und Entwicklung heute Schlusslicht. Die Region München habe mittlerweile achtmal mehr Beschäftigte in diesem Bereich als die Region Hamburg.

Läßles Analyse trifft nur zum Teil. Auch Hamburg hat unter Peiner und von Beust einen Großteil seines Tafelsilbers verkauft und ist damit über die HSH Nordbank ins internationale Finanzcasino eingestiegen. An dem Mega-Flopp zahlt die Hansestadt noch heute mit erheblichen Vermögensverlusten. Richtig aber ist: Die Stadt muss ihre ökonomische Basis weiterentwickeln, muss sich erneuern und neu erfinden. Für diese Aufgabe ist Hamburg nicht gut aufgestellt. Läßle setzt hier einseitig auf den Bereich der Wissenschaft und der Kreativitätswirtschaft. Der Anteil der Beschäftigten mit Fachhoch- und Hochschulabschluss sei in Hamburg auf dem Niveau von Essen, bei etwa 14%. In München und Stuttgart liege er bei 22%. Dabei seien diese qualifizierten Menschen die wichtigen Treiber kultureller und technologischer Innovationen.

Die Blockade durch die Hafenwirtschaft und eine verschlafene Sozialdemokratie müsse durchbrochen werden. Ein wesentlicher Effekt könne von der Ausrichtung Olympischer Spiele in Hamburg ausgehen. Für eine moderne europäische Stadt mit hoher Lebensqualität gebe es ein klares Ziel: »Wir brauchen die Fünf-Minuten-City.« Also eine Stadt der kurzen Wege – was eben auch Basis des hamburgischen Olympia-konzepts ist. Unterschiedliche Verkehrsmittel, komfortabel und ohne Aufwand nutzbar – so müsse das dazu passende Verkehrssystem sein. Leihräder, Busse, Bahnen, Fähren, aber auch neue Systeme wie Seilbahnen müssten damit verknüpft werden. Man müsse die Transportmittel schnell wechseln und alles mit einer Karte bezahlen können. Speziell Seilbahnen seien mit Blick auf die Sportstätten auf der anderen Elbseite ein geeignetes Mittel, um möglichst viele Menschen dorthin zu bringen. Auf jeden Fall sei ein solches Verkehrsmodell der Zukunft »autonabhängig«.

Dieter Läßle glaubt an einen Schub durch Olympia für den Ausbau eines zukunftsfähigen Verkehrssystems. »Man kann das auch ohne Olympia machen, aber mit könnte es schneller gehen«, sagt der Stadtforscher, der die Entwicklung des bisherigen Hafensareals auf dem Kleinen Grasbrook als Bindeglied zwischen HafenCity und Wilhelmsburg schon vor Jah-

ren gefordert hat. Die Spiele am Wasser würden dann auch die Chance eröffnen, den Nahverkehr auf dem Wasser auszuweiten. »Das Wasser«, sagt Läßle, »bietet da eine ganz große Möglichkeit.« Schon jetzt gibt es eine kleine Fährlinie nach Wilhelmsburg. Aber man brauche mehr Fahrtangebote und mehr Verlässlichkeit.

Die Auseinandersetzung um die Spiele hat also viele Facetten. Der Breitensport steht allerdings so wenig im Fokus wie ein selbstkritischer Blick auf die öffentlichen Finanzen. Die diskussionswürdigen Perspektiven der Weiterentwicklung der Stadt werden mit Sicherheit die Entscheidung nur am Rand tangieren. Aber bei allen Facetten bleibt auch: Die KritikerInnen können auf weitere Unterstützung hoffen. Denn der UEFA-Präsident Michel Platini zweifelt an der geplanten Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft (EM) 2024 in Deutschland in Kombination mit Olympia in Hamburg im gleichen Jahr. Sollte die Hansestadt den Zuschlag für die Ausrichtung der Sommerspiele bekommen, sei die EM für den Deutschen Fußball-Bund (DFB) nur schwer durchsetzbar.

Anders als »Mehr Demokratie e.V.« und andere Initiativen, die die Referendums-Pläne kritisieren, einer Olympiabewerbung aber neutral gegenüberstehen, lehnt die Allianz NOlympia Spiele in Hamburg kategorisch ab. »Wir wollen nicht darüber diskutieren, wie die Spiele vielleicht ein bisschen netter werden. Wir wollen gar kein Olympia in Hamburg«, lautet die Botschaft. Michael Rothschuh, NOlympia-Sprecher, unterstreicht, es gäbe viele inhaltliche Überschneidungen mit den

Initiativen: »Auch wir kritisieren den Versuch, direkte Demokratie auszuhebeln und unterstützen die Volksinitiativen gegen das Referendum«. Rothschuh plädiert ebenfalls für einen späteren Abstimmungstermin, die BürgerInnenbefragung solle auf Ende 2016 verschoben werden, damit mehr über die Kosten bekannt ist. NOlympia kritisiert vor allem die möglichen Folgen der Spiele für Hamburg. »Die Stadt verspricht uns einen wundervollen Sommer, aber das Gegenteil wird der Fall sein«. Die Kritik: Es werde ein riesiger Sicherheitsapparat rund um die Sportstätten errichtet, die Überwachung massiv verstärkt, AnwohnerInnen müssten mit ständigen Kontrollen rechnen. Normale HamburgerInnen könnten sich Karten zudem kaum leisten. Und: »Olympische Spiele sind von allen Großprojekten das riskanteste«. Kostenexplosionen seien die Regel, seit 1962 hätten die jeweiligen Kosten für Olympische Spiele im Schnitt um 118% höher gelegen als ursprünglich anvisiert. Die Stadt will noch vor dem Referendum eine erste Kostenschätzung vorlegen, NOlympia selbst rechnet mit Ausgaben in einer zweistelligen Milliardenhöhe. »Dieses Geld fehlt dann an anderen Stellen.«

Die Spiele sind schließlich ein Mittel, um den Hafen und die angrenzenden Stadtteile zu verändern: »Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Stattdessen wird versucht, Gutverdienende in die Viertel zu holen, Geringverdiener werden in Außenbezirke verdrängt. Das ist neoliberale Stadtpolitik im Schatten von Olympia«, so Michael Rothschuh. Also bitte keine charmante Episode.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Dass Hamburg reich ist an sozialen Auseinandersetzungen und Klassenkämpfen, lernt (hoffentlich) schon jede/r Schüler/in im Unterricht. Dass Hamburg auch die Metropole der wohnungs- und mieterpolitischen Kämpfe ist, wissen vielleicht schon weniger. Tatsächlich sind in unserer Stadt der älteste Grundeigentümer-Zusammenschluss Deutschlands – der »Grundeigentümer-Verband Hamburg von 1832 e.V.« – sowie der älteste noch aktive deutsche Mieterverein – der **»Mieterverein zu Hamburg von 1890 r.V.«** – tätig. Wir gratulieren dem Mieterverein nachträglich zur Feier seines **125. Geburtstages** und empfehlen nachdrücklich die ansehnliche, außerordentlich spannende **Festschrift von Holger Stahncke**. Sie ist zum Preis von 5 Euro in der Geschäftsstelle des Mietervereins (Beim Strohause 20) zu erwerben.



Eine lesenswerte **Dokumentation** zu Nazi-Aktivitäten und rassistischen Anschlägen hat jüngst die Amadeu-Antonio-Stiftung in Kooperation mit Pro Asyl herausgegeben. Auf 46 Seiten deckt das faktenreiche Material



»Akteure und Strategien der geistigen Brandstifter auf und zeigt anhand konkreter Beispiele, wie die rechte Mobilisierung on- wie offline funktioniert«. Nicht zuletzt enthält die Broschüre **Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge** auch Tipps, was jede/r Einzelne gegen die Hetzer tun kann. Herunterzuladen unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de/hetze/die-brandstifter-rechte-hetze-gegen-fluechtlinge/.

Die Juni-Ausgabe der »Blätter für deutsche und internationale Politik« – Deutschlands größtes politisches Monatsperiodikum mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren – bringt einen Artikel von Andrej Holm, Barbara

Schönig, Daniel Gardemin und Dieter Rink unter dem Titel: **Städte unter Druck. Die Rückkehr der Wohnungsfrage**. Der **zehnseitige Aufsatz** gibt einen guten Überblick über die in den letzten Jahren entbrannte Debatte um die Wohnungspolitik vor allem in den großen Städten – und er findet sich im Netz unter www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/juni/staedte-unter-druck.

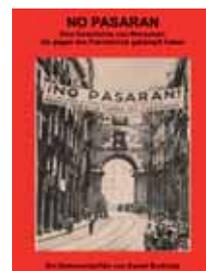
Pünktlich zum 1. Mai hat **DIE LINKE** bundesweit die **Kampagne Das muss drin sein!** gestartet. Damit sollen Kontrapunkte gegen unsichere, zunehmend befristete Arbeitsplätze, gegen die Verschlechterungen im Gesundheitssystem, gegen steigende Preise für die Lebenshaltungskosten und insbesondere die Miete usw. gesetzt werden. Hier gibt es mehr zur Kampagne: www.das-muss-drin-sein.de.



Am **Mittwoch, den 17. Juni**, lädt die Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord zu einer Diskussion um die Frage **Auslaufen der Sozialbindungen – Was dann?** ein. Obwohl 40% der Hamburger Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung des 1. Förderweges haben, kann nur ein kleiner Teil eine solche auch wirklich beziehen – das Angebot ist viel zu knapp und wird immer geringer. Alleine im Bezirk Nord gibt es aktuell ca. 9.000 öffentlich geförderte Wohnungen, die Zahl wird sich in den nächsten zehn Jahren allerdings halbieren. Und dann?

Diese Frage diskutieren ab 19.00 Uhr im Haus der Jugend Lattenkamp (Bebelallee 22, gegenüber der U-Bahn Lattenkamp) Karin Haas, Vorsitzende der Linksfraktion in der BV Nord, Edith Aufdembrinke, von auslaufender Sozialbindung betroffene Mieterin aus Winterhude, sowie Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Bürgerschaft.

No Pasaran. Eine Geschichte von Menschen, die gegen den Faschismus gekämpft haben – so ist ein Film von Daniel Burkholz übertitelt, den das »Metropolis« (Kleine Theaterstraße 10, gleich neben der Staatsoper) am **Freitag, den 19. Juni**, um 19.00 Uhr zeigt. In der 2014 fertig gestellten Dokumentation kommen Lebenswege von Menschen zur Sprache und ins Bild, die im Spanischen Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg gegen den Faschismus kämpften, Schicksale, die die – überlebenden – ZeitzeugInnen ein Jahrzehnt durch halb Europa, über die Schlachtfelder und durch Konzentrationslager geführt haben. Im Anschluss an die Vorführung gibt es eine Diskussion mit dem Regisseur.



Die **Offene Plattform NOlympia** ist bemüht, den vom Senat und den Medien betriebenen Olympia-Hype kritisch zu hinterfragen. Erste Stadtteilinitiativen auf der Veddel und in St. Georg sind eines der Ergebnisse dieses zurzeit vor allem noch aufklärerischen Engagements. Die nächste Zusammenkunft der NOlympia-Plattform findet am **Samstag, den 20. Juni**, um 14.00 Uhr in der Druckerei des Gängeviertels (Valentinskamp) statt.

Ebenfalls am **Samstag, den 20. Juni**, 14 bis 24 Uhr, feiert das **Münzviertel** sein mittlerweile 14. Straßenfest. Nun könnten wir ja in diesen Wochen auf allerhand Stadtteilsternfesten aufmerksam machen. Das Münzfest an dieser Stelle hervorzuheben ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass gegenwärtig eine Auseinandersetzung um das Areal der ehemaligen Schwerhörigenschule am Schultweg tobt. Das dort inzwischen etablierte **Kollektive Zentrum (koze)** hat die bürgerliche Presse bereits vor einer »zweiten roten Flora« warnen lassen. Und da denken wir, dass Solidarität angesagt und das Münzviertelfest besonders zu empfehlen ist. Mehr unter www.koze.in und www.muenzviertel.de/blog.



Unmittelbar vor der Fahrradsternfahrt am **Sonntag, den 21. Juni**, setzt die **Initiative für die Nachtzüge** frühmorgens ein weiteres Zeichen. Im Rahmen eines europäischen Aktionstages wird es nach einer vergleichbaren früheren Veranstaltung vor dem Altonaer Bahnhof dieses Mal – d.h. am 21. Juni von 9.15 bis 9.45 Uhr – eine Kundgebung vor dem Hauptbahnhof geben. Ihr Tenor: »Für mehr Nacht- und Autorei-

sezüge – für mehr Fahrradtransporte bei der Bahn! Teilnehmen wird an der Kundgebung u.a. Heike Sudmann, verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion.



Noch bis zum Juli laufen diverse Veranstaltungen im Rahmen des **8. Hamburger Architektur Sommers 2015**. In diesem Jahr lautet das Motto Über die Verhältnisse. In den **über 200 Diskussionen, Ausstellungen, Rundgängen, Filmvorführungen und sonstigen Events** wird dieses Mal vor allem ein baugeschichtlicher Akzent gesetzt. Die Palette der Veranstaltungen ermöglicht zugleich einen breiten Einblick in die aktuellen Debatten in der Szene der ArchitektInnen und StadtplanerInnen. Nur muss mensch Zeit investieren, aus dem Riesenangebot (einer 70seitigen, großformatigen Broschüre) das Passende auszuwählen. Immerhin, wer auf www.architekturssommer.de geht, kann bequem irgendein Datum anklicken und erfährt auf einen Blick, was an dem betreffenden Tag in der Stadt los ist. Aus den vielfältigen

Veranstaltungen greifen wir beispielhaft folgende hinaus: Am **Dienstag, den 23. Juni**, um 19.00 Uhr geht es im Speicherstadtmuseum (Sandtorkai 36) um **Hamburgs potenzielles UNESCO-Welterbe: Speicherstadt und Kontorhausviertel**. Nach Bildvorträgen gibt es eine Diskussion mit Ralf Lange (Speicherstadt), Claudia Quiring (Chilehaus und Sprinkenhof), Wolfgang Voigt (messberghof und Mohlenhof) und Agnes Seemann (Welterbe-Bewerbung).

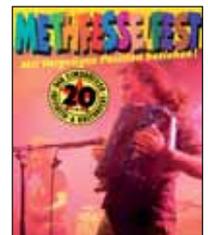
Der kritisch-gewerkschaftliche **Jour Fixe** lädt zum 130. Mal ein und widmet sich am **Mittwoch, den 1. Juli**, voraussichtlich gegen 19.00 Uhr (genauer Zeitpunkt noch unklar) im Curiohaus (Rothenbaumchaussee 11) der Frage **Wie sieht Hamburg in 20 Jahren aus?** Oder anders formuliert: **Wie würde der Olympia-Zuschlag Hamburg sozial und städtebaulich verändern?** Einen »Blick auf die Stadtentwicklung und auf die Auswirkungen auf die Menschen, die besonders von Mietenwahnsinn, Verdrängung und Aufschickung betroffen sind«, werfen an diesem Abend Florian Kasiske (NOlympia Hamburg) und Heike Sudmann (Linksfraktion).

Der Verein »Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.« behandelt auf seiner monatlichen Veranstaltungsreihe mit dem Titel »Pegelstand Elbinsel« oft Fragen, die auch Menschen aus anderen Quartieren interessieren dürften. Am **Donnerstag, den 2. Juli**, geht es um **Olympia für Hamburg**. Speziell um die Frage **Segen oder Fluch für Wilhelmsburg?** GegnerInnen und BefürworterInnen der Olympia-Bewerbung werden ab 19.00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20), die Argumente austauschen.



Zum Abschluss einer zehnteiligen Reihe des Bildungsträgers »Arbeit und Leben« (DGB/VHS) geht es am **Freitag, den 3. Juli**, noch einmal nach **Wilhelmsburg**. Bei der von der Kulturwissenschaftlerin Angela Dietz durchgeführten dreistündigen Tour geht es rückblickend um die Großevents Internationale Bauausstellung (IBA) und internationale Gartenschau (igs) und es wird die Frage aufgeworfen: **Soziales Abseits in der Mitte der Stadt?** Treffpunkt ist um 17.00 Uhr die S-Bahn-Station Wilhelmsburg (beim Kiosk oben auf der Fußgängerbrücke). Der Teilnahmebeitrag beträgt 10 Euro. Infos und Anmeldung unter office@hamburg.arbeitundleben.de.

Hamburgs wohl größtes und traditionsreichstes alternatives Stadtteilst – das **Eimsbütteler Methfesselfest** – findet in diesem Jahr zum 20. Mal statt. Vom **3. bis 5. Juli** wird wieder auf und um den Else-Rauch-Platz gefeiert. Neben Musik, Verpflegungs- und Info-Ständen von 40 Initiativen und Organisationen besticht vor allem die Themenpalette in kleineren und größeren Veranstaltungen. Von TTIP und Militarisierung über Griechenland und Rojava bis hin zur Flüchtlingspolitik und Zwangsarbeit unter den Nazis wird alles aufgegriffen, womit sich linke Herzen und Hirne so beschäftigen. Siehe dazu den letzten Stand auf: <http://methfesselfest.de>.



20 Jahre Fahrradsternfahrt in Hamburg

Von Rainer Kulla, MOA-Vorstand



Sternfahrt 2007 (Foto: wikipedia)

Die Fahrradsternfahrt in Hamburg gehört zu den festen umwelt- und verkehrspolitischen Aktionen in der Stadt. Alljährlich am dritten Juni-Sonntag starten bis zu 20.000 Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer von mehr als 50 Startpunkten in und um Hamburg in Richtung Innenstadt. Veranstalter ist der Verein »Mobil ohne Auto Nord e.V.« (MOA), ein Bündnis der wichtigsten umwelt- und verkehrspolitischen Verbände und Organisationen in der Stadt. Dazu gehören vor allem der ADFC, die NaturFreunde, der BUND, der NABU, der VCD und die Nordkirche u.a. mit dem Umwelthaus am Schüberg. Die Fahrradsternfahrt in Hamburg geht zurück auf den bundesweiten Aktionstag Mobil ohne Auto, deshalb auch der immer wiederkehrende dritte Sonntag im Juni. In Hamburg gab es die erste größere Fahrradsternfahrt anlässlich des Kirchentages 1995, seitdem ist diese Demonstration fester Bestandteil des Hamburger Demonstrationskalenders geworden.

Nachdem in den vergangenen Jahren der Klimaschutz im Mittelpunkt der politischen Forderungen der Fahrradsternfahrt stand, kommt in diesem Jahr die Auseinandersetzung mit den fahrradpolitischen Aussagen des Koalitionsvertrages hinzu. Dazu heißt es im Forderungskatalog zur diesjährigen Fahrradsternfahrt: »Das hört sich wirklich gut an. Jetzt muss es allerdings konkret werden. Wir nehmen den Senat beim Wort und fordern die schnelle Umsetzung der Maßnahmen. Wir setzen uns mit der Sternfahrt ein für:

- Einen verbindlichen Zeitplan für die geplanten Maßnahmen einschließlich deren Finanzierung.
- Eine Regelgeschwindigkeit auf den Straßen von 30 km/h.
- Die konsequente Verfolgung von Parkverstößen auf Rad- und Fußwegen.
- Gerechte, gleichberechtigte Ampelschaltungen für RadlerInnen.
- Eine stärkere Verkehrssicherheits-Prävention.
- Die Berücksichtigung der Ergebnisse des neuen ADFC-Fahrradklimatests bei der Planung.

- Die Beteiligung von ADFC, MOA und VCD bei der weiteren Verkehrsplanung.«

Auch die Reinhaltung der Atemluft von Schadstoffen im Hafen ist ein Thema, zu dem sich die Koalitionspartner im Vertrag u.a. so äußern: »Der Nachhaltigkeitsbericht der HPA [Hamburg Port Authority] soll – nach Möglichkeit – mit anderen (...) möglichst schnell zu einem Nachhaltigkeitsbericht für den gesamten Hamburger Hafen werden. Wir wollen auf Grundlage dieses Berichtes die Emissionen aus dem Hafen in einem kooperativen Verfahren senken – mit dem langfristigen Ziel eines emissionsarmen Hafens. (...) Wir wollen den Einstieg in die externe Energieversorgung von Containerschiffen schaffen.«

»Die Fahrradsternfahrt setzt sich auch hierfür ein:

- Die Einbeziehung der EU-Grenzwerte in den neuen Luftreinhalteplan.
- Kurzfristige Umsetzung der Landstromanschlüsse im Hafen für die Großschifffahrt.«

In den vergangenen Jahren hat es aus der Politik immer wieder wohlklingende Ankündigungen für eine Verbesserung der Bedingungen des Radverkehrs in der Stadt gegeben. Trotzdem ist Hamburg im Vergleich zu anderen europäischen Metropolen weit hinter seinen Möglichkeiten zurückgeblieben.

Daher werden die Veranstalter der Fahrradsternfahrt und die zig-tausenden Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer am 21. Juni mit einer starken Demonstration den Verantwortlichen Dampf machen, damit das sehr allgemein formulierte Ziel, Hamburg zur Fahrradstadt zu machen, nicht wieder hinter anderen Zwängen der Politik das Nachsehen erhält.

Ganz nebenbei bietet die Fahrradsternfahrt die seltene Gelegenheit, nicht nur unbehelligt von der Blechlawine durch die Stadt zu fahren. Einmal im Jahr geht es mit dem Rad über die Autobahn und die Köhlbrandbrücke. **Am 21. Juni gehören Hamburgs Straßen den Fahrrädern!**

Kurz vorgestellt: Surya Stülpe



Der neue Betriebsrat der Linksfraktion, 15.6.2015 v.r.n.l.: Surya Stülpe, Volker Honold und Michael Joho

Ich arbeite seit April als persönliche Mitarbeiterin von Christiane Schneider. Heute möchte ich mich kurz vorstellen. Ich bin leidenschaftliche Hamburgerin und sehr froh, dass ich nach vielen Jahren in Freiburg und Kiel nun seit fast zwei Jahren wieder zurück bin.

Nach meinem Studium der Politikwissenschaften habe ich als Referentin der Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag im Bereich Flüchtlings- und Innenpolitik ge-

arbeitet. Doch mir war immer klar, dass Hamburg mein Heimathafen ist und so war ich zuletzt als Jugendsekretärin einer kleinen Gewerkschaft in Hamburg tätig. Sowohl in Freiburg als auch in Kiel war ich flüchtlingspolitisch aktiv und habe für die Verbesserung der Situation von Menschen ohne Papiere gestritten. Insofern freue ich mich umso mehr, dass ich jetzt wieder das Privileg habe, von politischer Arbeit sogar leben und mein Wissen und Engagement einbringen zu können.

Die Herausgeberinnen des »BürgerInnenbriefes« gratulieren an dieser Stelle nicht nur Surya Stülpe, die – kaum aufgeschlagen in der Fraktion – in den nunmehr zum vierten Mal aufgestellten Betriebsrat gewählt wurde. Sie wird zukünftig als stellvertretende Betriebsratsvorsitzende fungieren, zusammen mit Volker Honold und dem neuen Betriebsratsvorsitzenden Michael Joho. Herzlichen Glückwunsch den drei InteressenvertreterInnen für die FraktionskollegInnen und die persönlichen MitarbeiterInnen.

Christiane Schneider und Heike Sudmann

Mietpreisbremschen & Einkommensgrenzen



31.3.2015, auf dem Rathausmarkt (M. Joho)

Im Titelbericht des letzten »BürgerInnenbriefes« (BB) hatten wir noch angemahnt, bei der zum 1. Juni möglich gewordenen »Mietpreisbremse« endlich die Verzögerungstaktik zu beenden. Nun haben die Koalitionäre SPD und GRÜNE auch für Hamburg beschlossen, dass dieses in einigen Bereichen mietpreisbegrenzende Instrument zumindest zum 1. Juli und – ja – flächendeckend eingeführt wird. Offenbar war es dem SPD-GRÜNEN-Senat dann doch ein wenig peinlich, dass er immer noch mit der Einführung zögerte, während im CDU-SPD-regierten Berlin schon alles zum 1. Juni klar gemacht worden war. Doch halt, es ist nur ein kleiner Etappensieg auf dem Weg zur umfassenden Stärkung der MieterInnenrechte. »Denn Neubauten, sanierte Wohnungen sowie bereits über-tauerte Mietwohnungen sind von der Mietpreisbremse ausgenommen«, wie Jonas Füllner für »Hinz&Kuntz« zutreffend schreibt. »Und Neumieter können zu hohe Mieten erst nach einer Rüge gegen den Vermieter absenken.«

Her mit der ganzen Mietpreisbremse!

Und selbst mit Blick auf das demnächst auch bei uns wirk-same Mietpreisbremschen hat sich der Senat sehr zur Freude der privaten Wohnungswirtschaft ein Hintertürchen offen gelassen: Sollte ein in Bälde erstelltes »Gutachten entgegen der festen Überzeugung des Senats einen angespannten Wohnungsmarkt wider Erwarten nicht für das gesamte Stadtgebiet bestätigen, wird der Senat daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen und die Verordnung für die entsprechenden Teilgebiete aufheben« (aus der Senats-Pressemitteilung vom 11. Juni). In dieser Hinsicht gilt es jetzt also Druck zu machen und für die vollständige, lies: flächendeckende Umsetzung des neuen Gesetzes einzutreten.

Rauf mit den Einkommensgrenzen!

Wie nach der Neuwahl von der Linksfraktion beschlossen, werden der Kampf gegen das immer weitere Aufgehen der Arm-Reich-Schere und die miese und überteuerte Wohnraumversorgung zwei zentrale Schwerpunkte in den nächsten Jahren bleiben. Haben wir seit Wochen bei der Einführung der Mietpreisbremse nachgehakt und in der Bürgerschaft Ende Mai deren sofortige Einführung zum 1. Juni gefordert (s. An-

trag im letzten BB), haben wir gleich danach einen weiteren Antrag eingebracht. Es geht dabei um die so genannten Einkommensgrenzen, um Obergrenzen, die berücksichtigt werden, wenn es um den Anspruch auf eine Sozialwohnung (= eine öffentlich geförderte Wohnung des 1. Förderweges) geht. Anteil und Zahl der Anspruchsberechtigten sind in der jüngeren Vergangenheit gesunken, nicht darum, weil es den Menschen schlagartig besser geht, sondern schlicht deswegen, weil die aktuellen Entwicklungen des letzten Jahrzehnts keinen bzw. nur einen sehr geringen Niederschlag bei den Einkommensobergrenzen gefunden haben. Einfacher formuliert: Die Einkommensgrenzen wurden über etliche Jahre nicht angehoben, obwohl die durchschnittlichen Bruttoverdienste seit 2009 um ca. 5%, die durchschnittlichen Netto-Kaltmieten dagegen um etwa 17% angestiegen sind. Und das ist die sozialpolitische Sauerei, die Tausende MieterInnen trifft: Obwohl sie nur geringfügig mehr verdienen, aber die Mieten dreimal so schnell gestiegen sind, erlaubt sich die Freie und Hansestadt Hamburg, die Einkommensgrenzen nicht anzupassen.

Am 11. Juni wurde der nachstehende Antrag der Linksfraktion in der Bürgerschaft mit den Stimmen der SPD, GRÜNEN, CDU, FDP und AfD abgelehnt. Ohne Debatte.

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
Drucksache 21/622, 21. Wahlperiode, 28.05.15

Antrag der Abgeordneten Heike Sudmann, Sabine Boedinghaus, Cansu Özdemir, Deniz Celik, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Martin Dolzer, Inge Hannemann, Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)

Betr.: Das muss drin sein: Die Erhöhung der Einkommensgrenzen bei Mietwohnraum des 1. und 2. Förderweges!

Die durch den Mikrozensus ermittelten Daten der Anzahl und des Anteils der berechtigten Haushalte in der Hamburger Mietwohnraumförderung unterstreichen alljährlich den drastischen Mangel im Segment preisgünstiger, bezahlbarer Wohnungen. So hatten im Jahre 2012 insgesamt 367.000 Hamburger Haushalte (= 40 Prozent) Anspruch auf eine im 1. Förderweg errichtete Wohnung (Drs. 21/110 vom 27.3.2015), dem standen aber real nur knapp 97.000 mietpreisgebundene Sozialwohnungen gegenüber. 2011 lag der anspruchs-

berechtigte Anteil noch bei 41 Prozent (Drs. 20/7335 vom 28.3.2013), 2010 bei 42 Prozent (Drs. 20/3295) und 2007 sogar noch bei 50 Prozent (Drs. 19/2995 vom 5.5.2009, Seite 12). Daraus könnte geschlussfolgert werden, dass die durch Einkommensobergrenzen fixierte Anspruchsberechtigung, mithin der Bedarf an Wohnungen des 1. Förderweges, rückläufig sei. Doch diese Konsequenz ist falsch, denn de facto sind die Einkommensgrenzen nach § 8 Absatz 2 HmbWoFG in den vergangenen Jahren nicht oder in bestimmten Segmenten nur geringfügig verändert worden. Bei der allergrößten Gruppe – den mehr als 200.000 Einpersonenhaushalten – liegt die Jahres-Brutto-Einkommensgrenze seit wenigstens acht Jahren unverändert bei 23.200 Euro, bei Dreipersonenhaushalten ist sie um gerade mal 800 Euro, bei Vierpersonenhaushalten um 1.800 Euro, bei Fünfpersonenhaushalten um 700 Euro angehoben, bei Zwei-Personen-Haushalten sogar um 100 Euro abgesenkt worden.

Die unverändert gebliebenen Einkommensgrenzen bei den Einpersonenhaushalten (= 56 Prozent aller Haushalte in Hamburg) stehen ebenso wie die geringfügig veränderten Einkommensgrenzen bei den größeren Haushalten in einem deutlichen Missverhältnis zu den drastischen Mieterhöhungen der letzten Jahre auf der einen Seite und den geringen Einkommenszuwächsen auf der anderen. Alleine die Mieten sind laut Mietenspiegel-Erhebungen von 2009 bis 2011 um durchschnittlich 5,8 Prozent gestiegen, von 2011 bis 2013 um 5,7 Prozent, die Steigerung der Mieten von 2013 auf 2015 dürfte ähnlich hoch ausfallen – mithin werden die Mieten in den vergangenen sechs Jahren um circa 17 Prozent angestiegen sein. Doch dieser enorme Zuwachs alleine der Nettokaltmiete schlägt sich in keiner Weise in den Einkommensgrenzen beim geförderten Mietwohnraum nieder. Im gleichen Zeitraum sind die durchschnittlichen Bruttoverdienste bei vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern/-innen in 2009 von 50.437 Euro (»Statistik informiert«, Nummer 33/2010, vom 1.4.2010) auf 52.950 Euro in 2014 (»Statistik informiert«, Nummer 69/2015, vom 5.5.2015), also um gerade einmal 2.513 Euro beziehungsweise etwas mehr als 5 Prozent angestiegen. Das heißt, dass die Mieten in der jüngsten Vergangenheit dreimal so schnell angewachsen sind wie die durchschnittlichen Einkommen. Doch die Einkommensobergrenzen, insbesondere bei Einpersonenhaushalten, wurden an diese Entwicklung nicht angepasst.

Im Ergebnis bedeutet die über Jahre ausgebliebene Anpassung der Einkommensgrenzen, dass jedes Jahr einige Tausend Haushalte ihre Anspruchsberechtigung auf eine geförderte Sozialwohnung verloren haben, obwohl sich ihre materielle Situation keineswegs besser darstellte, sondern im Gegenteil noch mehr Geld für Wohnkosten aufgewendet werden musste. Eine – regelmäßige – Überprüfung und Anpassung der Mietobergrenzen ist daher unabdingbar.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die aktuellen Einkommensgrenzen in der Hamburger Mietwohnraumförderung zu überprüfen und den Basiswert laut § 8 Absatz 2 HmbWoFG Sätze 1 und 2 um 1.200 beziehungsweise

1.800 Euro anzuheben und damit an die in den letzten acht Jahren erfolgten durchschnittlichen Miet- und Einkommenserhöhungen anzupassen.

2. die betreffenden Einkommensgrenzen zukünftig alle zwei Jahre zu überprüfen und entsprechend den allgemeinen Entwicklungen hinsichtlich der Mieten- und Einkommensentwicklungen zu verändern und hierüber der Bürgerschaft zu berichten.

Von wegen **Drittelmix**

Seit dem Amtsantritt von Olaf Scholz als Erster Bürgermeister 2011 will uns die SPD – und mit dieser inzwischen auch die GRÜNE Partei – den »Drittelmix« andienen und sogar noch als Erfolg verkaufen. Drittelmix meint, dass unter den neu errichteten Wohneinheiten jeweils 33,3% öffentlich geförderte Mietwohnungen, privat finanzierte Mietwohnungen und Eigentumswohnungen sind. Schon diese Werte sind höchst interessegeleitet und Sand in die Augen, denn

- die Eigentumsquote beträgt gegenwärtig 23,0% und wird mit der Zielmarke 33,3% in der Mieterstadt Hamburg nachhaltig in die Höhe getrieben;
- die Statistik der Freien und Hansestadt Hamburg ist (nicht zufällig) so miserabel, dass die zuständige Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) gar nicht genau angeben kann, wie viele frei finanzierte Miet- bzw. Eigentumswohnungen vorhanden oder im Bau sind.

Vor diesem Hintergrund erweist sich der Drittelmix vor allem als ein Stück grün-rötlicher Senatspropaganda. Eine von der CDU eingereichte Kleine Anfrage zum Wohnungsbau beantwortete der Senat am 9. Juni (Drs. 21/658) mit folgenden Angaben: Danach sind im vergangenen Jahr 6.974 Wohneinheiten (WE) neu entstanden, darunter aber nur 2.014 geförderte Mietwohnungen (und davon auch nur 937 Sozialwohnungen des 1. Förderweges). 4.933 der neu errichteten WE sind also frei finanzierte Miet- und Eigentumswohnungen, genauer kann das der Senat nicht aufschlüsseln. Das aber bedeutet, dass der Anteil der geförderten WE keineswegs bei 33,3%, sondern mal gerade bei schlappen 29,3% lag. Oder andersherum: 70,7% der neuen WE sind frei finanziert gewesen. Wie viel davon Eigentumswohnungen sind, bleibt im selbst verordneten Nebel.

Es bleibt die Aufgabe der LINKEN, in all diese Wunden die Finger zu legen und nachzuweisen, dass von einer mieterInnenfreundlichen Entwicklung in Hamburg keineswegs die Rede sein kann. Als nächsten Schwerpunkt haben wir uns die rapide auslaufenden Mietpreis- und Belegungsbindungen vorgenommen. Alleine im laufenden Jahre 2015 verliert die Stadt rund 7.000 Wohnungen mit Sozialbindungen. Die angestrebten neuen 2.000 öffentlich geförderten Wohnungen (darunter lediglich 1.000 Sozialwohnungen des 1. Förderweges) gleichen diesen massiven Abbau in keiner Weise aus. Und die Stadt Hamburg wächst bis 2030 laut neuen Prognosen um eine Viertelmillion BewohnerInnen, pro Jahr um rund 17.000! Zum Thema auslaufende Bindungen im nächsten »BürgerInnenbrief« mehr.

Kulturtyp: 40 Jahre alternatives Markenzeichen



Kaum glaublich, aber die ewig frische »GWA St. Pauli« geht auf ihr 40jähriges Bestehen zu. GWA, das steht für Gemeinwesenarbeit, ein in den 1970/80er Jahren noch sehr verbreiteter Begriff, mit dem die enge Verzahnung von Sozial- und Stadtteilarbeit beschrieben werden sollte. Und die GWA hat diesem Namen wirklich alle Ehre gemacht, führt man sich allein die Rolle dieser Einrichtung in den Kämpfen auf und um den Kiez in den vergangenen Jahren vor Augen, sei es beim Kampf gegen die Gentrifizierung, sei es beim Ringen um den Erhalt der ESSO-Häuser.

Vom 2. bis 5. Juli wird der Geburtstag der GWA – aber auch 25 Jahre Treffpunkt »Köibri« und zehn Jahre Leseförderung – groß gefeiert, auf und um den Hein-Köllisch-Platz und an anderen Stellen. Das Gesamtprogramm findet sich unter www.gwa-stpauli.de/aktuelles. Nennen wir an dieser Stelle nur einige Highlights. Wer sich für die Geschichte der GWA interessiert, kann sich im Kölibri (Hein-Köllisch-Platz 12) anhand der Plakat- und Fotoausstellung schlau machen und vier Jahrzehnte Stadtteilengagement nachvollziehen. Die Ausstellung ist vom 2. bis 5. Juli jeweils »ab 17.00 Uhr« zu sehen. Die feierliche Eröffnung der Präsentation findet am Donnerstag, den 2. Juli, um 17.00 Uhr statt, um 20.00 Uhr folgt ein Konzert mit Abi Wallenstein.

Am Freitag, den 3. Juli, sind von 10.00 bis 12.00 Uhr Workshops vorgesehen, dafür ist eine Anmeldung vonnöten. Nicht

zuletzt wird sich einer der Workshops mit den Erfahrungen von »St. Pauli selber machen« beschäftigen, einer teilnehmerInnenstarken Initiative, die am Sonntag, den 14. Juni, gerade ihre »3. Große Stadtteilversammlung« durchgeführt hat (mehr unter <http://www.st-pauli-selber-machen.de/?p=661>). Nach den Workshops geht es um 12.00 Uhr um verschiedene Beratungs- und Begleitungsangebote, ab 15.00 Uhr um »10 Jahre Leseförderung« im Kölibri und auf dem Hein-Köllisch-Platz. Hier steigt um 19.30 Uhr ein großes »Open Air Kölibri Küchenkonzert«.

Samstag, der 4. Juli, ist vor allem dem Rundgang »Umkämpfte Orte« gewidmet. Und wer diese Rundgänge kennt, weiß, dass es sehr viele TeilnehmerInnen gibt und das Ganze einer kleinen Demonstration nicht unähnlich ist. Gestartet wird um 13.30 Uhr vor dem Kölibri. Neben weiteren Programmpunkten wird im Gezi Park Fiction Open-Air-Kino gezeigt, es gibt Schätze aus dem GWA-Filmarchiv.

Zum Abschluss gibt es am Sonntag, den 5. Juli, von 11.00 bis 15.00 Uhr noch »Tanzbrötchen« im Kölibri und auf dem Hein-Köllisch-Platz, ab 14.00 Uhr kommen zudem die Kinder im Park Fiction noch einmal zu ihrem Recht.

Wir wünschen der GWA alles Gute zum Jubiläum und hoffen, dass Ihr noch lange die Menschen auf St. Pauli, ihre Wünsche, Sorgen und Kämpfe so engagiert begleitet, wie in den vergangenen Jahrzehnten!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.